

29.4.2010 Gemeinsame StVV

Jörg Gleisenstein

Rede Vereinbarung ÖPNV FFO-Slubice

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gemeinsame Ausschuss für Europäische Integration hat auf seiner Sitzung am 7.4.2010 über die vorliegende Vereinbarung diskutiert. In der Folge wurde die Problematik des Gerichtsstandes in den Schlussbestimmungen noch ergänzt.

Der Ausschuss hat beschlossen, dass

„a) die Verwaltungen gebeten werden, sich erneut hinsichtlich des Gerichtsstandes zu verständigen

b) der Gemeinsame Europäische Integrationsausschuss in der gemeinsamen „Sitzung der Stadtverordnetenversammlungen Frankfurt (Oder) und Slubice die Vereinbarung über die Finanzierung der Kosten für die Erarbeitung der Projektstudie und des Strategiekonzeptes“ als eigene Vorlage einbringen wird, einschließlich des Ergebnisses der Verständigung.“

Dieser Beschluss wurde von den Slubicer Ausschussmitgliedern mit 3 Ja-Stimmen und einer Enthaltung und von den Frankfurter Ausschussmitgliedern einstimmig angenommen. Aufgrund dessen empfiehlt der Ausschuss die Annahme der vorliegenden Vereinbarung.

Diese ist Grundlage für die Umsetzung der Maßnahme 141 des Handlungsplanes und Voraussetzung dafür, dass wir in der Frage des gemeinsamen ÖPNV endlich einen Schritt weiterkommen und diese Frage in beiden Städten auf Grundlage belastbarer Zahlen und Fakten zu diskutieren. Der Gemeinsame Ausschuss hat sich regelmäßig, auf fast jeder Sitzung, über den Stand des Verfahrens in dieser Frage informieren lassen. Wir hätten uns gewünscht, dass wir in dieser Sache schon weiter wären und hoffen, dass wir in Kürze dann auch inhaltlich die in dem Gutachten zu behandelnden Fragen einer oderüberschreitenden ÖPNV-Verbindung diskutieren können.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit